

WPS 524
muslimischer Wahlkompass (mit ZMD, IZ, DML)

Berlin, 5. September 2017

Islam

Frage 1:

Rund zwei Mrd. Menschen weltweit und etwa 5 Millionen Menschen in Deutschland sind Muslime. Was verbinden Sie mit der Weltreligion Islam?

Antwort:

Mit dem Islam verbinde ich muslimische Menschen, denen ich begegnet bin und die mich beeindruckt haben. Ich denke zum Beispiel an meine Begegnungen mit dem Schriftsteller Navid Kermani. Den habe ich einmal einen „Brückenbauer zwischen Islam und Christentum“ genannt. Es ist bereichernd für mich, wenn mir Menschen die islamische Tradition und Kultur nahebringen. Ich lese sehr gerne und habe mich auch der islamischen Kultur über Bücher genähert.

Frage 2:

Gibt es für Sie relevante Beiträge von Deutschlands Muslimen zum Wohle der Gesellschaft?

Antwort:

Es gibt viele wichtige Beiträge. In der Flüchtlingshilfe haben sich tausende muslimische Menschen, nach einer Studie [der Bertelsmann-Stiftung] über 40% der Muslime in Deutschland, ehrenamtlich in diesem Bereich eingebracht. Ich würdige das große Engagement vieler Freiwilliger, von Menschen in Verwaltung, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Ich bin auch dankbar den vielen Initiativen und Vereinen, die außerhalb der Flüchtlingshilfe wichtige Beiträge für unsere Gesellschaft leisten.

Frage 3:

Die Themen Islam und Muslime werden nachgewiesenermaßen mehrheitlich negativ behandelt und wahrgenommen. Wie kann angesichts einer vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger Medienberichterstattung die Politik einen rationalen Kontrapunkt setzen? Wie sähe der Beitrag Ihrer Partei aus?

Antwort:

Wir als SPD setzen uns für eine weltoffene und vorurteilsfreie Gesellschaft ein, die über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg zusammenhält und in der wir friedlich und frei zusammenleben. Dafür werben wir. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Die nationalen und religiösen Minderheiten in Deutschland sind Teil dieser Vielfalt. Ihre Traditionen, ihre Sprachen und deren Anwendungen gilt es zu schützen.

Frage 4:

Warum ist der „Dialog“ der Religionen (u.a. anderer gesellschaftlicher Gruppen) wichtig?

Antwort:

Der interreligiöse Dialog und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. So ist der Dialog der Religionen und Kulturen wesentlich für den Bestand unserer Gesellschaft. Wer ein aufgeklärtes Wissen über die eigene und andere Religionen hat, ist oft weniger anfällig für Extremismus und Intoleranz. Wir wollen daher allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir unterstützen dabei den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache.

Frage 5:

Ein erheblicher Teil der Politik schaut bisher nur dann in der muslimischen Community vorbei, wenn es um Kandidatenkür und anstehende Wahlen geht. Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Einbindung von Muslimen und der Kommunikation mit diesen?

Antwort:

Wir in der SPD pflegen einen regelmäßigen Austausch mit muslimischen Verbänden, Vereinen und auch mit Persönlichkeiten aus der muslimischen Community. Der Dialog mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft ist unerlässlich. Ihn möchten wir auch in Zukunft weiterführen. Wir suchen das Gespräch mit Religionsgemeinschaften und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft.

Frage 6:

Was fasziniert Sie am Islam, an den Muslimen?

Antwort:

Nicht nur am Islam, auch an anderen Religionen fasziniert mich die tiefe Auseinandersetzung mit den Grenzen und Chancen der menschlichen Existenz. Religion gehört zum Leben. Ich selbst bin in Glaubensfragen ein Suchender geblieben, doch mich fasziniert die Begegnung mit Menschen, die aus dem Glauben Kraft schöpfen – für ihr eigenes Leben und den Einsatz in unserer Gesellschaft.

Innenpolitik**Frage 7:**

Welche Bedeutung hat für Sie die im deutschen Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit in Bezug auf den Islam und die Muslime in Deutschland?

Antwort:

Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, weshalb sie durch unser Grundgesetz besonders geschützt ist. Wer aber unter Berufung auf eine Religion Grundrechte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet, muss mit Konsequenzen des Rechtsstaates rechnen.

Die SPD verteidigt die Freiheit des Denkens, des Glaubens und der Verkündigung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

Frage 8:

Warum sind sowohl der Islam, als auch die Muslime ein Teil Deutschlands?

Antwort:

Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes schon deshalb, weil viele muslimische Menschen in Deutschland leben. Für den Dialog der Religionen und das friedliche Zusammenleben in Deutschland ist der Beitrag der hier lebenden Muslime unverzichtbar.

Frage 9:

Was können Muslime konstruktiv zu den großen Fragen Deutschlands beitragen?

Antwort:

Alle Menschen in Deutschland, christliche, jüdische, muslimische, andersgläubige oder konfessionslose, können und sollen sich in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Denn Deutschland ist ein modernes, vielfältiges Land. Der gesellschaftliche Diskurs soll dies abbilden. Daher setzen wir uns auf verschiedene Arten für Vielfalt ein: In der Sportpolitik, in der Kulturpolitik oder der Bildungspolitik.

Frage 10:

Welche konkreten Pläne und Konzepte haben Sie, um die großen muslimischen Religionsgemeinschaften in Hinblick auf eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft und Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu unterstützen? Braucht es hier nicht eine Loslösung von der anhaltenden Debatte um die jetzige türkische Regierung sowie die deutsch-türkischen Beziehungen?

Antwort:

Wir unterstützen die organisatorische Entwicklung muslimischer Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, steht ihnen auch unser bewährtes Religionsverfassungsrecht offen. Die Autonomie, die wir darin den Religionsgemeinschaften in ihrer Selbstverwaltung bieten, ist ein hohes Gut. Die Religionsgemeinschaften müssen dafür aber rechtsstaatliche Voraussetzungen erfüllen. Auf dieser Grundlage müssen wir mit allen Gesprächspartnern reden.

Frage 11:

Wie im Judentum gibt es im Islam die Beschneidung von Jungen sowie das betäubungslose Schlachten. Beide religiösen Traditionen/Gebote stehen seit Jahren im Fokus von teils unangenehmen Debatten, bei denen auch antisemitische und antimuslimische Ressentiments durchscheinen. Wie positionieren Sie sich in beiden Fragen?

Antwort:

Für uns ist klar, dass in Deutschland jüdisches und muslimisches Leben möglich sein muss. Wo die Ermöglichung religiösen Lebens mit anderen Gesetzen in Spannung steht, muss abgewogen werden. Wir stimmen der aktuellen Rechtslage zu, nach der betäubungsloses Schlachten in Ausnahmefällen genehmigt wird. Schächten war in Deutschland schon einmal verboten – 1933 durch ein Gesetz der Nazis. Wir lehnen Rassismus jeder Art ab. Auch solchen, der sich hinter Tierschutz versteckt. Auch die Beschneidung muss in Deutschland möglich sein.

Frage 12:

Inwiefern setzen Sie sich für das Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen ein?

Antwort:

Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie. Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern. Wählen zu gehen gehört zurück ins Alltagsleben. Dazu brauchen wir öffentliche Wahlaufrufe, Aktionstage für die Demokratie genauso wie die Verbesserung der Briefwahl, die Erleichterung der Stimmabgabe für Deutsche im Ausland, verlängerte Öffnungszeiten von Wahllokalen („Wahlwochenenden“) und mobile Wahlstationen.

Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene.

Frage 13:

Wie stehen Sie zur doppelten Staatsbürgerschaft?

Antwort:

Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen sowie für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern ein. Für diese haben wir die Optionspflicht abgeschafft. Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit. Gilt dieses Prinzip in der Einbürgerungspraxis in Deutschland, wollen wir durch bilaterale Abkommen mit anderen Staaten die wechselseitige Akzeptanz stärken und prüfen, inwiefern der Vorschlag des SVR für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht umsetzbar ist.

Flüchtlinge/Zuwanderung**Frage 14:**

Für die Muslime, wie für gläubige Christen, ist die Hilfe von Menschen in Not eine Pflicht. Seit Beginn der „Flüchtlingskrise“ haben sich viele Christen sowie eine überproportional große Zahl von Muslimen in der Nothilfe sowie der langfristigen Betreuung engagiert. Damit haben sie auch das positive Bild Deutschlands im Ausland mitgeprägt. Welcher Umgang mit dem Thema Flüchtlinge ist von Ihrer Partei für die nächsten vier Jahre zu erwarten?

Antwort:

Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen. Um Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen, wollen wir finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt für die Länder, die eine Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen. Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen.

Frage 15:

Welche Unterstützung wollen sie unternehmen, damit die Arbeit mit Geflüchteten auch unter der Maßgabe Fördern und Fordern durch muslimischen Institutionen und zivile Einrichtungen weiter fortgeführt wird?

Antwort:

Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll bereits in der Erstaufnahme mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und Extremismusprävention beginnen. Das ungebrochen große Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfüllt uns mit Stolz. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Das gilt auch für alle Einrichtungen und Orte, die Begegnung ermöglichen – Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen.

Frage 16:

Die Flüchtlingskrise ist eine Folge von vermehrten Fluchtursachen. Was wollen Sie daher Unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der „Kriegspolitik“, der Unterstützung und Betreuung von Flüchtlingsstätten (Türkei, Jordanien, Libanon u.a.) und der Außenwirtschaftspolitik, z.B. durch Programme in den maghrebischen Staaten, zur Verhinderung weiterer Flüchtlingskrisen?

Antwort:

Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen. Wir setzen uns für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. Das UNHCR benötigt dafür eine angemessene Ausstattung und kontinuierliche Finanzierung.

Frage 17:

Welche Kernpositionen nehmen Sie in der Zuwanderungsdebatte ein?

Antwort:

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und für ein Deutschland welches sich als Einwanderungsland versteht. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Grundlage für alle ist das Grundgesetz. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.

Diskriminierung und Rassismus

Frage 18:

Welche Positionen und Forderungen hat Ihre Partei bezüglich der wachsenden Diskriminierung von Muslimen in Teilen der Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und sozialen Netzwerken formuliert?

Antwort:

Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Das sollte sich auch in der Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes niederschlagen. Darüber hinaus wollen wir der Verbreitung von Hasskriminalität entgegenwirken. Diese ist eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und demokratische Gesellschaft.

Frage 19:

Wie kann es der Politik beim Themenkomplex Islam und Muslime gelingen der vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger reißerischer Medienberichterstattung einen rationalen Kontrapunkt entgegen zu setzen?

Antwort:

Hier ist auf die Antwort zu Frage 3 zu verweisen. Darüber hinaus wollen wir, wie zu Frage 18 ausgeführt. Der Verbreitung von Hasskriminalität entgegenwirken.

Frage 20:

Angesichts der immer noch nicht umfassenden Aufarbeitung der NSU-Terrorserie und fehlender Lehren aus Fällen wie dem islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Gericht: Was unternimmt Ihre Partei konkret gegen eine aggressive und rassistische Islamfeindschaft und regelmäßige Angriffe auf Muslime in Deutschland?

Antwort:

Auch von rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen geht eine terroristische Gefahr aus, der wir entschlossen begegnen werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir die Präventionsarbeit ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern.

Frage 21:

In Anbetracht von rund 100 Angriffen auf Moscheen im Jahr und unzähligen sowie vermehrt auftretenden (Mord-) Drohungen gegen muslimische Vereine und muslimische Persönlichkeiten: Wie und vor allem wann werden Moscheen und andere muslimische Einrichtungen sowie deren Vertreter besser geschützt?

Antwort:

Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Damit wird Angst und Schrecken verbreitet bei den bedrohten Menschengruppen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.

Frage 22:

De facto diskriminierende Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Richterinnen wirken sich längst auch in der Privatwirtschaft aus. Wie lautet die Position Ihrer Partei hinsichtlich der Abschaffung von Kopftuchverboten?

Antwort:

Wir haben ein Religionsverfassungsrecht, um das wir international beneidet werden. Alle haben das Recht, ihre Religion zu leben. Ein Verbot des Tragens religiöser Symbole für Schülerinnen lehnen wir ab. Im öffentlichen Dienst befürworten wir die Einzelfallprüfung, die das Bundesverfassungsgericht festgesetzt hat. Erfahrungen mit Kopftuchverboten in anderen Ländern zeigen: Wer dem Druck auf Mädchen und Frauen begegnen will, die nicht selbstbestimmt Kopftuch tragen, muss tiefer ansetzen. Mädchen müssen in Schule und Gesellschaft erfahren, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Frage 23:

Welche Anstrengungen unternehmen Sie, damit Extremismus jeglicher couleur unterbunden wird und wie wollen sie die schon vorhandene Präventionsarbeit der muslimischen Gemeinden (Immunsisierung durch Aufklärung in der Religion) in Zukunft noch weiter und vermehrt stärken?

Antwort:

Siehe Frage 20. Wir werden mit den vielen nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden weiter zusammenarbeiten. Wir stärken die gute Beratungs- und Präventionsstruktur vor Ort und sorgen dafür, dass sich Menschen in unserem Land nicht radikalieren. Wir wollen allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen. Wir unterstützen islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache auch aus präventiven Gründen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass islamische Religionslehrerinnen und -lehrer sowie Imame an deutschen Lehrstühlen ausgebildet werden.

Internationales**Frage 24:**

Die Bundesrepublik ist weltweit einer der führenden Exporteure von Waffen/militärischer Ausrüstung und unterstützt damit faktisch auch kriegführende Staaten. Wie stehen Sie allgemein zum Thema und speziell zu Lieferungen an Konfliktparteien?

Antwort:

Wir stehen für Abrüstung und eine Eindämmung der Rüstungsexporte. Wir haben in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. In vielen Konflikten fordern Kleinwaffen die meisten Menschenleben. Deshalb haben wir bei Kleinwaffen die gesetzlichen Regeln nochmals verschärft. Aber wir wollen weitergehen: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik einbringen, mit einem grundsätzlichen Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern.

Frage 25:

Die deutsch-türkische Beziehungen sind derzeit wegen des Agierens verschiedener Seiten an einem Tiefpunkt angelangt. Wie möchten Sie die Beziehungen zur Türkei verbessern und die Ausgrenzung türkischstämmiger, deutscher Bürger verhindern?

Antwort:

Das Vorgehen Erdogans sehen wir mit größter Sorge. Erdogan ist nicht die Türkei. Wir wollen die demokratischen Kräfte in der Türkei stärken und setzen uns für Zivilgesellschaft, türkisch-deutsche Unternehmen, Wissenschaften und Künste sowie für Journalistinnen und Journalisten ein. Erdogan will einen Keil auch in die deutsche Gesellschaft treiben. Dem stellen wir uns entgegen. Die in Deutschland lebenden Türkischstämmigen haben einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Nicht Erdogan, sondern wir bestimmen wie wir unsere Demokratie gestalten.

Frage 26:

Der Afghanistaneinsatz dauert schon länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Er hat über 100.000 afghanische Zivilisten und Dutzenden deutsche Soldaten das Leben gekostet. Die Sicherheitslage am Hindukusch ist aktuell katastrophal. Wieso wird laut deutschen Behörden trotzdem die Bedrohungslage für afghanische Zivilisten als niedrig bezeichnet und wann wird der deutsche Einsatz beendet sein?

Antwort:

Die aktuelle Sicherheitslage bleibt in vielen Regionen problematisch, wie auch der Lagebericht der Bundesregierung zeigt. Wesentlich ist, dass die afghanische Regierung die durch die internationale Unterstützung gewonnene Zeit nutzt, um einen Friedensschluss mit militanten regierungsfeindlichen Gruppen zu initiieren. Langfristig kann nur die Aussöhnung aller afghanischen Konfliktparteien, mit dem Verzicht auf Gewalt, der Widerruf aller Verbindungen zum internationalen Terrorismus und die Anerkennung der afghanischen Verfassung, Afghanistan dauerhaften Frieden bringen.

Frage 27:

Wie wollen Sie zur Befriedung Syriens und Jemens beitragen und wie wollen sie den Wiederaufbau politisch und ökonomisch in Syrien bewerkstelligen?

Antwort:

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen breiten zivilen Ansatz ein, um die vom IS befreiten Gebiete in Syrien zu stabilisieren. Ziel ist eine umfassende politische Lösung. Humanitäre Hilfen und Wiederaufbauhilfe in der Region ist ein Kernanliegen der SPD-Fraktion. 2017 haben wir uns erfolgreich für eine Erhöhung der Mittel eingesetzt. Der Konflikt in Jemen hat in eine humanitäre Katastrophe geführt. Um diese zu beenden sind ein umgehender Waffenstillstand, der uneingeschränkte und sichere humanitärer Zugang sowie die Wiederaufnahme von Verhandlungen unter Vermittlung der UN unabdingbar.

Frage 28:

Welche Position haben Sie bei der Auseinandersetzung um ein Staatsgebiet für Kurden?

Antwort:

Die Situation der Kurden in der Türkei, Syrien und im Irak unterscheidet sich deutlich voneinander. Die SPD unterstützt alle Initiativen, die dazu beitragen, mit friedlichen Mitteln das Leben der kurdischen Bevölkerung in der Region zu verbessern. Die politisch Verantwortlichen in der Türkei, im Irak und in Syrien sind aufgefordert, die Rechte der kurdischen Bevölkerung zu achten und alle Schritte zu unterlassen, die dem entgegenstehen. Die verantwortlichen Kräfte auf kurdischer Seite sind ebenfalls aufgefordert, einseitige und konfliktverschärfende Schritte zu unterlassen.

Frage 29:

Welche Lösungsvorschläge haben Sie bezüglich des Palästina-Israel-Konflikts und wie wollen sie den festgefahrenen Friedensprozess wieder in Gang setzen?

Antwort:

Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors. In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.

Frage 30:

Donald Trump versucht seit seiner Amtseinführung, die Einreise von Muslimen in die USA einzuschränken. Was würden Sie dem US-Präsidenten sagen?

Antwort:

Das Vorgehen des amerikanischen Präsident Trump in dieser Frage ist für mich inakzeptabel! Wo nötig werde ich ihm klar entgegenreten. Menschen den Zugang zu den USA allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zu verweigern ist für mich höchst diskriminierend. Gerade mit Blick auf unsere vielen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger werde ich ihm das als Bundeskanzler auch unmissverständlich kommunizieren. In Bezug auf in Deutschland lebende Muslime sage ich klar und deutlich: Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes!